

Regierungsratsbeschluss

vom 13. August 2019

Nr. 2019/1183

Vernehmlassung zur Reform des regionalen Personenverkehrs (Änderung des Personenbeförderungsgesetzes)
Schreiben an das Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK, Bern

1. Erwägungen

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) hat am 17. April 2019 die Vernehmlassung zur Reform des regionalen Personenverkehrs (RPV) eröffnet. Die Vorlage entspringt der Motion 13.3663 (www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20133663). Damit haben die Eidgenössischen Räte neue Reformvorschläge für mehr Finanzierungs- und Planungssicherheit sowie eine Vereinfachung und Harmonisierung des Bestellverfahrens vom Bundesrat verlangt. Im Rahmen der Vorlage wurden zwei Varianten zur Weiterentwicklung des Systems erarbeitet, nämlich «Optimierung» und «Teilentflechtung».

Die KöV Nordwestschweiz hat sich darauf geeinigt, auf eine gemeinsame Stellungnahme zu verzichten. Jeder Kanton kann seine eigene Stellungnahme abgeben.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage des UVEK «Reform RPV» beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)
vom 13. August 2019

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Amt für Verkehr und Tiefbau (hei/kol/rom)
Finanzdepartement
Medien